

Fragen an den/die BM-Kandidaten/Kandidatin

Der Verein Lebenswertes Sülztal engagiert sich seit seiner Gründung im Jahr 2011 gemäß seiner Satzung für die Erhaltung und aktive Gestaltung der Sülzauen, – für Umwelt-, Natur- und Hochwasserschutz, – für Nachhaltigkeit, Lebensqualität und Bürgerengagement! Der Verein hatte in den vergangenen 14 Jahren im Rahmen seiner Aktivitäten u.a. einige sehr gut besuchte Veranstaltungen zur Bürgerinformation (Hochwasserschutz, Stadtentwicklung, Fluglärm, ...) durchgeführt, die bis 2020 im meist voll besetzten Bürgersaal stattfinden konnten.

Der Verein hat inzwischen > 130 Mitglieder und setzt sich auch weiterhin aktiv für die o. gen. Schwerpunkte ein und sucht stets auch die direkte fachliche Kommunikation mit Politik und Verwaltung.

Daher bitten wir Sie als potenziellen Bürgermeister-Kandidaten um die Beantwortung einiger konkreter Fragen zu folgenden Themenbereichen:

1. Bereich Finanzen:

Voraussichtlich läuft die Stadt Rösrath in 2026 in die Haushaltssicherung. In diesem Zusammenhang stellen sich mehrere Fragen.

1.1. Auf welche Summe beläuft sich (geschätzt) die Mehreinnahme der Stadt durch die Neuregelung der Grundsteuer?

Laut HH-Entwurf Grundsteuer in 2024 8,1 Mio €, durch Grundsteuerreform mit gleichbleibendem Hebesatz in 2025 9,8 Mio €. Mehreinnahmen 1,7 Mio €. Entspricht einer Erhöhung der Einnahmen von 21%.

Der Hebesatz von 690 % bei der Grundsteuer B gilt seit 2017. Die Steigerung liegt damit unter der Inflationsrate von 25,6% seit 2017.

1.2. Welche Maßnahmen sehen Sie als geeignet an, die Finanzlage der Stadt zu verbessern?

Einnahmen verbessern

- Kurzfristig: Fördermittelakquise professionalisieren
- Mittelfristig: Die Gewerbesteuer ist die wichtigste Einnahmequelle für die Stadt Rösrath. Daher müssen wir eine Strategie entwickeln wie wir die Wirtschaft in Rösrath weiter entwickeln wollen und wie wir noch attraktiver für Unternehmen werden. Wir müssen also die Gewerbeansiedlung, insbesondere in Rambrücken vorantreiben.

Ausgaben reduzieren

- Weniger Personalkosten durch schnellere Digitalisierung/Automatisierung von Prozessen und den bedachten Einsatz von KI
- Weniger Aufgaben und Personalkosten durch mehr interkommunale Zusammenarbeit

- Weniger Sachkosten durch Energiesparmaßnahmen an städtischen Gebäuden, die ja auch noch gefördert werden (Die Kosten für Energie, Wasser/Abwasser, Entsorgung, Pflegearbeiten belaufen sich auf 2,8 Mio € pro Jahr)
- Weniger Sachkosten durch Einsparungen von Bürofläche, Stichwort Shared Space (hierfür ist Digitalisierung der Verwaltung wichtige Voraussetzung, wg. Notwendigkeit digitaler Akten)
- Günstigere Beschaffung durch Einkaufsgemeinschaften, Rahmenverträge und Standardisierung (Bsp. Schlauchwagen der Feuerwehr)

1.3. Wenn gespart werden muss, in welchen Bereichen sehen Sie ein besonderes Sparpotential?

s. unter 1.2

1.4. Wie wollen Sie angesichts der der Finanznot einen Schulneubau in Hoffnungsthal realisieren? Welche finanzierbaren Alternativen zu einem Neubau sehen Sie, um den Bedarf der Grundschule zu decken?

Die Schule soll möglichst in Hoffnungsthal Mitte bleiben. Nach der bereits durchgeführten Erweiterung ist es schwer vorstellbar, dass ein Neubau günstiger wird als eine ggf. nötige weitere Sanierung und Optimierung.

Ein Neubau würde aber haushaltstechnisch das Jahresergebnis zunächst nicht belasten, da es sich um Investitionen handelt. Die Frage nach einer Haushaltssicherung wird davon also erst einmal nicht vollumfänglich berührt.

Allerdings schlägt die Zinslast der Investitionskredite sofort negativ zu Buche und nach Fertigstellung eines Neubaus belasten auch die Abschreibungen das Jahresergebnis (in der Regel über 50 Jahre). Bei den aktuellen Zinsen kann man also davon ausgehen, dass ein Neubau das Jahresergebnis nach Fertigstellung mit ca. 4 % der Investitionssumme pro Jahr belastet

2. Bereich Hochwasser/Starkregen

2.1. Der Bereich „Sülzbogen“ wurde bereits als Retentionsfläche beschlossen, welche dringend erforderlichen zusätzlichen Maßnahmen befürworten Sie? Wie ist hier der genaue Stand?

Entsiegelung, wo immer möglich (Schwammstadt). Bereits politisch beantragt (Grüne, ZLR), aber nur halbherzig umgesetzt. Muss also forciert werden.

Die **difu** hat im ZA weitere mögliche Maßnahmen vorgestellt, die pauschal abgelehnt wurden („Geht alles in Rösrath nicht“). Die müssen wieder aufgegriffen und neu bewertet werden.

2.2. Wie wollen Sie die interkommunale Zusammenarbeit forcieren, um noch zu benennende weitere Retentionsflächen an der Sülz oberhalb von Hoffnungsthal zu realisieren?

Die interkommunale Zusammenarbeit muss aus verschiedenen Gründen gestärkt werden. Dazu gehört auch eine Zusammenarbeit beim Hochwasserschutz. Das ist dann letztlich Verhandlungssache, da sich der Oberlieger zugunsten des Unterliegers einschränken muss. Hier muss in persönlichen Gesprächen Überzeugungsarbeit geleistet werden.

- 2.3. Der Knipperbach ist von der Bezirksregierung im letzten Jahr als Risikogewässer eingestuft worden. Welche Maßnahmen planen Sie, um Hoffnungsthal bei einem Starkregenereignis vor den Fluten des Knipperbachs zu schützen? Welche Schritte planen Sie, um sogenannte „kleinere Maßnahmen“, welche keine größeren Ingenieurbauwerke erfordern (u.a. Sickermulden, Renaturierung von Auenflächen, Holzkastenverbauungen an Nebengewässern, etc.), zu planen und zu realisieren. S. 2.1. und von der difu vorgeschlagene Maßnahmen.

- 2.4. Wie wollen Sie einen zielführenden Dialog mit allen Beteiligten (Stadtwerke, Verwaltung und Bürgervereinen/Initiativen, Grundbesitzern, evtl. Aggerverband) gestalten?

3. Bereich Brücken-Neubauten

Straßen NRW plant den Neubau von drei Sülzbrücken. In diesem Rahmen stellen sich den Anwohnern mehrere Fragen.

- 3.1. Bei der Brücke in Lehmbach sollen die Brückenpfeiler um fünf Meter weiter zusammengedrückt werden. Hierdurch erhöht sich die Gefahr des Rückstaus bei Starkregen/Hochwasser. Eine Erhöhung des Freibords ist schön, aber völlig unzureichend. Mit welchen Maßnahmen werden Sie sich bei Straßen NRW für eine effektivere Lösung im Sinne des Hochwasserschutzes einsetzen?

In der Sitzung des SPV-Ausschusses am 23. Juni stellte Straßen.NRW die Planung für die Erneuerung der Brücke in Hoffnungsthal-Lehmbach vor. Begleitet wurde dies durch das Ingenieurbüro Hydrotec, das das hydraulische Gutachten erläuterte. Was als technische Sachinformation angekündigt war, entpuppte sich als politischer Tiefpunkt: Intransparenz, Planungsmängel beim Hochwasserschutz und eine Schwächung kommunaler Beteiligung wurden offenbar.

Tatsächlich ist es dann in einer intensiven und erstaunlich kontroversen Diskussion gelungen, den Ausschuss davon zu überzeugen, die verbliebenen rechtlichen Möglichkeiten jetzt zu nutzen.

Am Ende stand der Beschluss, die Verwaltung mit einer rechtlichen Prüfung der Brückenplanung und des Verfahrens zu beauftragen.

Alles Weitere kann auf der Homepage der Wählergemeinschaft ZLR nachgelesen werden: [ZLR deckt Versäumnisse auf und sichert verbliebene Chancen für mehr Hochwasserschutz – Zusammen Leben Rösrath](#)

Auf diesem Wege werde ich mich auch weiterhin in enger Abstimmung mit dem Verein Lebenswertes Sülztal für den Hochwasserschutz bei den Brückenneubauten einsetzen.

- 3.2. Bis heute gibt es für die Zeit während der Bauarbeiten keine zweckmäßige Lösung für die Ausweichstrecken. Besonders betroffen ist hiervon der Ortskern von Hoffnungsthal. Welche Lösung präferieren Sie?

Schwerlasttransporte sollten nicht zu allen Zeiten als Durchgangsverkehr zulässig sein (Abkürzung zwischen A4 und A3). Insbesondere im Zuge der Baumaßnahmen der Brücken, aber auch generell sollte der Schwerlastverkehr weitestgehend abgeleitet und aus der Stadt gehalten werden. Hierzu sind analog der Stadt Overath regelmäßige Feinstaubmessungen und darauf aufbauende Schutzmaßnahmen, z.B. Umleitungsregelungen erforderlich. Bei Überschreitung der Feinstaubwerte kann die Stadt entsprechende Verbote aussprechen.

- 3.3. Treten Sie für eine öffentliche Präsentation der Brückenpläne durch Straßen NRW ein, bei der die Bürger ihre Kritik, Anregungen und Fragen stellen können?

Ich stehe für die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, dies ist der Kern meines politischen Verständnisses. Selbstverständlich muss in einer solch wichtigen Fragestellung nach den Erfahrungen des Hochwassers im Sommer 2021 und der bisher völlig unzureichenden und scheinbar auch fachlich schlechten Planungen von Straßen.NRW der Planungsprozess in der Öffentlichkeit geführt werden. Leider geht Straßen.NRW hier einen völlig anderen Weg und beharrt darauf, dass weder ein öffentlich Planfeststellungsverfahren noch eine Plangenehmigung erforderlich sei. Es bleibt aber unklar, auf welchem rechtlichen Verständnis diese Interpretation des Verwaltungsrechts fußt. Somit ist auch unklar, ob de facto eine gültige Plangenehmigung vorliegt. Ich werde mich als Bürgermeister dafür einsetzen, dass die Belange der Öffentlichkeit nicht umgangen werden. Ich werde dafür sorgen, dass die Verwaltung ihren Spielraum für die Beteiligung am Planverfahren voll ausschöpft und entsprechenden Druck bei Straßen.NRW ausübt. Mögliche und notwendige rechtliche Schritte sind durch die Stadt zu prüfen.

4. Bereich Stadtentwicklung und Bauleitplanung

In vielen Bereichen empfinden die Bürger die Bautätigkeiten der letzten Jahrzehnte als zunehmend Investoren-gesteuert. Dabei werden teilweise Aspekte des präventiven Hochwasserschutzes vernachlässigt und in den Ortszentren wünschen sich viele Bürger mehr Verkehrsberuhigung, eine lebendigere Einkaufskultur und die Schaffung von Veranstaltungsräumen.

- 4.1. Wie stehen Sie als BM zu einer mehr städtisch organisierten, strategischen Entwicklungsplanung, für die ein „Leitbild“ zielführend sein kann?

Auch hier sprechen Sie eines der Kernelemente meines Wahlprogramms an:
Stadtentwicklung - Giselher Dick

In der Tat hat man in Rösrath Investoren sehr freie Hand gelassen, was zu einer uneinheitlichen städtebaulichen Entwicklung geführt hat, die weitestgehend nur Investoren genützt hat – die Interessen von Bürgerinnen und Bürgern sind zu kurz gekommen. Hier muss deutlich gegengesteuert werden.

Konkret heißt das: es gibt kein Projekt, keine politische Entscheidung, das isoliert für sich betrachtet werden kann. Alles hängt mit allem zusammen und jede politische Entscheidung muss auf ihre Auswirkungen auf andere Bereiche überprüft werden. Einfaches Beispiel: jede Bauentscheidung ist eine Entscheidung über Klima, Nachhaltigkeit, Verkehr, Kindergartenplätze, Schulplätze, urbane Qualität, Generationengerechtigkeit, Parksituation, Straßenverkehr usw.

Zukunftsbilder können Menschen motivieren, zu handeln. Damit diese Zukunftsbilder Wirklichkeit werden, braucht es eine konkrete Vorstellung von der Zukunft. Mit der in 2024 entwickelten Nachhaltigkeitsstrategie haben wir einen ersten, wichtigen Grundstein dafür gelegt, der nun beschlossen, weiterentwickelt und umgesetzt werden muss. Ich setze mich daher für die Erarbeitung einer integrierten Stadtentwicklungsstrategie ein, die die 2024 erarbeitete Nachhaltigkeitsstrategie aufnimmt, weiterentwickelt und als Grundlage für alle relevanten stadtplanerischen Projekte dient. Die Elemente einer solcher Strategie sind unter dem oben angegebenen Link in meinem Wahlprogramm ausgeführt.

4.2. Wie werden Sie die Öffentlichkeit bei der Stadtentwicklungsplanung stärker als bisher mit einbeziehen?

Auch hier kann ich auf mein Wahlprogramm verweisen: Bei der Planung des öffentlichen Raums, Infrastruktur oder Klimaprojekten werden Bürgerinnen und Bürger einbezogen. Hier werde ich einen Runden Tisch etablieren, der projektbezogen tagen wird.

Zur Umsetzung der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sei auf die Beantwortung von Frage 5 verwiesen.

4.3. Welche Ideen haben Sie für die zukünftige Gestaltung der Zentren in Rösrath, Forsbach und Hoffnungsthal?

Die Gestaltung und Ausprägung öffentlicher Räume – der Straßen, Wege und Plätze sowie der Grünanlagen – ist für die Sicherung der Lebensqualität in unseren Städten und Gemeinden von entscheidender Bedeutung. Öffentliche Räume sind neben ihrer Aufgabe für Verkehr, Wirtschaft und Erholung auch Orte des gesellschaftlichen Austausches. Sie dienen der Orientierung, der Repräsentation, der Identifikation und – als Ort, an dem verschiedene gesellschaftliche Gruppen aufeinander treffen – der Integration.

In allen drei Stadtkernen stehen große Bauprojekte an, die die Möglichkeit bieten, das Stadtbild zukunftsweisend zu entwickeln:

- In Forsbach die Umgestaltung von Kirche und Gemeindezentrum
- In Rösrath-Mitte der Plan eines Investors, ein ganzes Viertel neu zu gestalten
- In Hoffnungsthal der Erwerb eines Grundstücks dessen Nutzung darüber entscheiden wird, ob das lebendige Herz von Hoffnungsthal um die Schule herum weiter schlägt

Entweder es gelingt eine planvolle zukunftsweisende Entwicklung oder auf den Einzelfall bezogene Entscheidungen führen zu einem weiteren Gesichtverlust der Stadt durch Baumaßnahmen, die nicht in einem Stadtentwicklungskonzept verankert sind.

4.4. Die Diskussion um den Lärmaktionsplan mündete 2024 in einer absurden „Null-Lösung“, obwohl die Verwaltung viele geeignete Maßnahmen vorgeschlagen hatte. Wie stehen Sie u.a. zu Tempo30-Zonen zur Verkehrsberuhigung in den 3 Orts-Zentren?

Ich habe mich zusammen mit meiner Fraktion und den Grünen massiv für die Umsetzung eines Lärmaktionsplanes mit Aktionen eingesetzt. Grüne und ZLR waren die einzigen Fraktionen, die geschlossen im Stadtrat für die Umsetzung wirkungsvoller Maßnahmen eingetreten sind. Laut damaligem Lärmaktionsplan sind über 3.000 Anwohnerinnen und Anwohner von gesundheitsgefährdenden Lärmwerten an den Hauptverkehrsstraßen ausgesetzt. Die Stadt ist gesetzlich verpflichtet, hier Abhilfe zu schaffen.

Ich werde dafür sorgen, dass der kommende Lärmaktionsplan, den die Verwaltung unter meiner Leitung als Bürgermeister erarbeitet, umfangreiche und besonders auch wirkungsvolle Maßnahmen enthält, die zu einer Reduzierung der Lärmbelastung der Rösrather Bevölkerung führen. Hierzu gehört auch die Umsetzung von Tempo 30 in den Ortskernen, die schon heute aufgrund der Überschreitung zulässiger Lärmhöchstgrenzen rechtlich zulässig und möglich ist. Hier muss bereits vor Inkrafttreten des nächsten Lärmaktionsplanes gehandelt werden.

Zusätzlich verweise ich auf die Antwort bzgl. Pkt. 3.2.: Die Stadt muss in Bezug auf den Schwerlastverkehr das Heft des Handelns in die Hand bekommen und über Feinstaubmessungen Begrenzungen ermöglichen. Auch dies führt zu einer Verkehrsberuhigung in den Zentren und stellt einen relevanten Gesundheitsschutz dar.

Bitte beachten Sie hierzu auch mein Wahlprogramm: Mobilität und Verkehr - Giselher Dick

- 4.5. Für das Leben in Rösrath haben der Erhalt einer lebendigen Einkaufskultur sowie der Weiterbestand von Marktplätzen, insbesondere auch der Marktplatz von Hoffnungsthal und die Schaffung von Veranstaltungsräumen eine zentrale Bedeutung. Welche Möglichkeiten sehen Sie hier?

Für den Erhalt einer vitalen Einkaufskultur in Hoffnungsthal spielen verschiedene Faktoren eine Rolle. Der Schulstandort ist laut vieler Gewerbetreibender wichtig, weil er zur Belebung des innerstädtischen Bereiches führt. Ich setze mich dafür ein, dass auf dem bisherigen Standort die pädagogischen Angebote der GGS Hoffnungsthal sowie das Angebot einer ausreichenden Zahl an OGS-Plätzen realisiert werden kann. Hierbei muss aber dem erhöhten Platzbedarf der Grundschule ausreichend Rechnung getragen werden, d.h. es sind weitere Flächen notwendig, um bspw. eine angemessene Turnhalle unterzubringen sowie die künftige Vierzügigkeit der Schule zu schaffen. Der Standort des Marktes muss beim Schulausbau ebenso berücksichtigt werden, da sich Marktgilde und Schule eine gemeinsame Fläche teilen. In einer modernen und umfassenden Stadtentwicklungsplanung muss hier eine für beide Seiten attraktive Lösung gefunden werden.

Der Bergsegen sollte entsprechend aktueller Planungen durch ein Parkdeck erweitert werden, um den Verkehr dezentraler steuern zu können. Hiervon profitiert in den Sommermonaten auch das Freibad. Ohne Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu nehmen, direkt vor Ort zu parken, werden dennoch Anreize geschaffen, den innerstädtischen Bereich fußläufig zu erreichen. Ich erwarte mir von den beschriebenen Maßnahmen eine noch stärkere Belebung des innerstädtischen Bereichs Hoffnungsthal durch Fußgängerinnen und Fußgänger und somit auch eine Belebung des Einzelhandels. Zusätzlich mit der unter Pkt. 3.2 und 4.4. beschriebenen Maßnahme zur Regelung des Schwerlastverkehrs kann eine Steigerung der Aufenthaltsqualität im Zentrum Hoffnungsthals erreicht werden, das ggf. auch zur Ansiedlung von Gastronomie führt. Attraktiv in diesem Zusammenhang wäre ein Ausbau der Fläche des ehemaligen Getränkehandels, die aktuell weitestgehend ungenutzt ist. Die Stadt sollte sich um den Erwerb der Fläche kümmern.

Fazit: Eine Stärkung der Aufenthaltsqualität im Zentrum Hoffnungsthals bei gleichzeitiger Stärkung aller Formen der Mobilität beleben den Einzelhandel und wirken sich positiv auf das Rösrather Stadtbild aus.

Zum Thema der Veranstaltungsräume möchte ich folgende Punkte herausgreifen:

- Nutzung neuer Räumlichkeiten der Schule (bspw. Turnhalle) für Veranstaltungen (dies muss beim Bau bereits mit geplant werden),
- Öffnen des Bürgerforums für Bürgerinnen und Bürger,

- Räumliche Erweiterung des Schulhofes der GGS und damit gleichzeitige Erweiterung der Markt- und Veranstaltungsfläche.

4.6. Wann steht der „Bürgersaal“ den Bürgern wieder für Veranstaltungen im öffentlichen Interesse zur Verfügung

Unter meiner Verantwortung werde ich umgehend den Bürgersaal wieder zur Nutzung von Bürgerinnen und Bürgern für Veranstaltungen, die im öffentlichen Interesse liegen, freigeben (vgl. Pkt. 4.5).

4.7. Präsentation der Brückenpläne durch Straßen NRW ein, bei der die Bürger ihre Kritik, Anregungen und Fragen stellen können?

Vgl. Antwort zu Frage 3.3.: Eine Effektive Beteiligung ist nicht nur wichtig, sie ist in Bezug auf die Brückenpläne unerlässlich.

4.8. In den Rösrather Überschwemmungsgebieten wird weiterhin nicht hochwasserangepasst gebaut. (siehe: BPlan Sülzufer West, Venauen (technisches Rathaus) Statt strenger Vorgaben in solchen Bereichen (z. B. Stelzenbauweise - wie an der Kita Volberg) wurden in der Bauleitplanung bisher lediglich Empfehlungen gegeben. Welche Bauvorgaben der Stadt halten Sie für sinnvoll, um im Hochwasserfall das Überschwemmungsrisiko effektiver zu mindern und wie wollen sie diese durchsetzen?

Hochwasserschutz muss konsequent im Rahmen der Bauleitplanung umgesetzt werden, hier besteht für mich kein Zweifel. Der Bebauungsplan Sülzufer West ist hierfür ein gutes Beispiel, wie es künftig nicht mehr laufen darf. Im Rahmen des Planverfahrens wurden nicht nur Einwände von Initiativen, Vereinen sowie Bürgerinnen und Bürgern unberücksichtigt gelassen. Auch Einwände der Fachbehörden zum Hochwasser- und Umweltschutz wurden schlicht übergangen. Der Fehler des BPlan Sülzufer West war, dass er Maßnahmen zum Hochwasserschutz nur vorgeschlagen, aber nicht bindend festgelegt hat. So wäre eine hochwasserangepasste Bauweise erforderlich gewesen (keine zusätzlichen Flächenversiegelungen, keine Bauweise mit Keller oder Tiefgarage, ggf. Bau auf Stelzen, analog Kindergarten Volberg). So hat der Bauherr sofort nach Inkrafttreten des BPlans alle Empfehlungen in den Wind geschlagen und mit Keller und Tiefgarage gebaut etc.). Künftig dürfen derartige Beschlussvorschläge wie für den BPlan Sülzufer West nicht mehr aus der Verwaltung kommen. Ich werde als Bürgermeister dafür sorgen, dass das Dezernat künftig entsprechende Empfehlungen der Fachbehörden nicht mehr ignoriert und in den 2021 überschwemmten Gebieten keine BPläne in Kraft treten, welche die Gefahr eines Hochwasser sogar noch steigern. Bestehende BPläne müssen im Bereich des rechtlich Möglichen überprüft und angepasst werden.

5. Bürgerbeteiligung

In Vereinen und Initiativen gibt es viel Sachverstand zu spezifischen Themen.

5.1. Wie wollen Sie diese zukünftig einbinden und mit welchen Strukturen?

Es sind die Menschen, die Bürgerinnen und Bürger Rösraths, die unsere Stadt prägen. Rösraths Vereine und Initiativen sind von zentraler Bedeutung für Rösrath. Sie stiften Gemeinschaft und Zusammenhalt. Von ihnen gehen wichtige Impulse für die Entwicklung Rösraths aus. Vereine, Initiativen, die Wirtschaft und die Bürgerinnen und Bürger müssen bei der Entwicklung Rösraths stärker als bisher beteiligt werden und sie müssen eine Kultur der vertrauensvollen Zusammenarbeit mit Politik und Verwaltung und eine strukturierte Förderung erleben.

Nicht umsonst steht das Thema Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an erster Stelle meines Wahlprogramms als Bürgermeister. Weitere Informationen können auf meiner Homepage nachgelesen werden: [Bürgerbeteiligung - Giselher Dick](#)

In Rösrath gibt es m.E. bereits gute Strukturen. Zu nennen sind hier beispielsweise

- die „Engagierte Stadt Rösrath“ als Anlaufstelle für Bürger:innen, die sich einbringen möchten,
- die Ehrenamtskarte NRW, um ehrenamtliches Engagement sichtbar zu würdigen und zu honorieren,
- mit Formaten wie der Ehrenamtskonferenz, dem Tag der Nachbarn oder thematischen Austauschen gibt es bereits erste Schritte hin zu mehr Anerkennung und Kooperation,
- auch spezifische Förderprogramme – etwa im Bereich Seniorenarbeit – zeigen, dass der Wert des Ehrenamts in der Stadt gesehen wird.

Trotzdem erleben wir, dass die Anzahl der Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren sinkt und Ehrenamtler fühlen sich immer wieder von der Stadt "alleine" gelassen. Vereine wie das Lebenswerte Sülztal mit ihren Expertinnen und Experten, bspw. im Bereich des Hochwasserschutzes, finden immer noch viel zu wenig Gehör oder werden gar als lästig abgetan. Das darf nicht sein.

Ich habe folgende Ideen, um Vereine, Initiativen, etc. zu stärken:

1. Regelmäßiger Austausch mit allen Vereinen und Organisationen, ggf. in Form eines "Runden Tisches". Das stärkt die Vernetzung, die Sichtbarkeit und man kann Möglichkeiten für gemeinsame Initiativen oder Synergien identifizieren.
2. Aufstockung des städtischen Fördertopfes für Vereine und prüfen, inwieweit Drittmittel in Form von Förderprogrammen und Spenden erschlossen werden können (z.B. Vereine helfen Vereinen - Stiftung gründen, für die auch Firmen und andere Spender gewonnen werden können).
3. Ich halte es für wichtig, dass wir gute Ideen mit einer Anschubfinanzierung unbürokratisch unterstützen können.
4. Logistische Hilfe für Nachbarschaftsprojekte: Für Aktionen in der Stadt – vom Straßenfest bis zur Pflanzaktion. Ich kann mir vorstellen, dass die Stadt künftig

eine Art „Ehrenamtspool“ an Materialien bereithält, den Gruppen unkompliziert nutzen können.

5.2. Sehen Sie Beispiele aus Nachbarstädten als geeignet an für Rösrath und wenn ja welche?

An dieser Stelle sei auf den „Wegweiser Breite Bürgerbeteiligung“ der Bertelsmann Stiftung hingewiesen: [Wegweiser breite Beteiligung FINAL.pdf](#)

Dort ist zum einen beschrieben, wie Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern organisiert werden sollte und gelingen kann. Zum anderen sind zahlreiche umgesetzte Projekte beschrieben, an denen man sich orientieren kann.

Verein Lebenswertes Sülztal e.V.
für den Vereinsvorstand
Klaus Weile